

JUNGE FREIHEIT



WOCHENZEITUNG FÜR DEBATTE



Ende der Debatte

Facebook ist manchmal eine Dreckschleuder, vor allem aber Ort der freien Meinungsäußerung und der politischen Opposition. Das will der Bundesjustizminister jetzt ändern

Seiten 1, 6 und 17

Not kennt kein Gebot?

Ob Euro-Rettung oder Flüchtlingskrise: Gesetze und europäische Verträge scheinen nicht mehr zu gelten

DIRK MEYER

Es fehlt an Europa, und es fehlt an Union. Mangelnde Solidarität und mangelnde Rechtsstaatlichkeit – beides waren zentrale Themen in Kommissionspräsident Junckers Rede zur Flüchtlingssituation.

Mit Formulierungshilfen französischer Fachleute trugen 18 Eurostaaten Griechenland zum dritten Hilfspaket. Schließlich wollte man vermeiden, eine fehlgeschlagene Rettungspolitik einzugestehen.

Anders das Flüchtlingsthema; hier „Willkommenskultur“, dort Strafandrohung bei Grenzüberschreitung. Egal welcher Maßstab angelegt wird, die Verteilung der Flüchtlinge ist stark ungleichgewichtig.

Wie ist diese unterschiedliche Krisenreaktion zu erklären? Zunächst durch die Art des Gegenstandes. Während die Griechenlandhilfen weitgehend geldlich-abstrakt bleiben, sind die Lasten

der Migranten real-konkret. Die Spürbarkeit der Kosten zeigt sich nicht nur in den rund 13.000 bis 15.000 Euro pro Flüchtling im Jahr. Insgesamt wird Deutschland in diesem Jahr etwa zehn Milliarden Euro aufzuwenden haben.

Dann gibt es den Aspekt einer zeitlichen Kostenverlagerung. Die erste Rate für das erste Hilfspaket muß Griechenland erst 2020 leisten, die Tilgung für das zweite beginnt 2023.

Einen dritten Unterschied markiert die Lastenverteilung zwischen den Mitgliedstaaten. Während der Verteilungsschlüssel zur Griechenlandhilfe durch den Rettungsfonds unverhandelbar ist, bleibt die EU-weite Kostenverteilung bei den Hilfen für Flüchtlinge völlig offen und national beeinflussbar.

Außerdem trennen beide Fälle die anfallenden Kosten und Nutzen. Hilfskredite beruhen auf einem Programmvertrag mit Spar- und Reformauflagen zwischen dem Krisenstaat und den übrigen Eurostaaten.

Gemeinsam ist beiden Krisen der offenkundige Rechtsbruch gemäß dem vermeintlichen Grundsatz „Not kennt kein Gebot“.

Nach ähnlichem Muster verstießen die EU-Staaten in der Flüchtlingsfrage gegen geltendes Recht. Mit Artikel 78 erkennen die Mitgliedstaaten indirekt die Genfer Flüchtlingskonvention an.

verstößt Ungarn gegen diese Rechtsgrundsätze. Schließlich stellen die Flüchtlingszüge nach Österreich, Deutschland und Dänemark sowie der ungehinderte Transit durch Italien einen Verstoß gegen das Dublin-III-Abkommen dar.

Gemeinsam ist der Euro- wie der Flüchtlingskrise der offenkundige Rechtsbruch.

Ausnahme bleiben; zweitens muß der eingeschlagene Weg zielführend, angemessen und verhältnismäßig sein; schließlich sollte im Rahmen der EU eine konsensuale Abstimmung und ein koordiniertes Vorgehen erfolgen.

Die humanitäre Nothilfe mag dies rechtfertigen – eine europäische Werte- und Rechtsgemeinschaft sieht jedoch anders aus.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ordnungsökonomik an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Facebook unter Druck

Das Risiko der freien Rede

Ich bewundere jeden, der nicht bei Facebook ist. Sie waren noch nie auf dieser Internetseite? Kompliment! Dieses „soziale Netzwerk“ kann ein unglaublicher Zeitfresser sein.

Waren es anfangs nur junge Leute, so sind heute Menschen aller Altersgruppen bei Facebook aktiv. Schnell entdeckten Firmen, aber auch Medien und politische Organisationen die Chance, über Facebook Werbung zu treiben.

»Ohne Facebook wäre der rasante Aufstieg weder der Piratenpartei noch der AfD denkbar gewesen.«



KOLUMNE VON DIETER STEIN

Die JUNGE FREIHEIT hat übrigens ebenfalls eine Facebook-Seite: Fast 65.000 „Freunde“ zählt sie aktuell, manche Beiträge erreichen dort über eine Million Leser.

Der Vorstoß von Bundesjustizministers Heiko Maas, Facebook zu mehr Selbstkontrolle zu bringen, entbehrt also nicht jeder Grundlage.

Der wahre Grund, gegen Facebook mobil zu machen, ist wohl, daß etablierte Politiker Angst vor einer Plattform haben, in der Bürger ohne politisch-korrekte Zensoren ihre Meinung sagen können.

Was eine Kinderseele

Gilt die „Willkommenskultur“ auch für ungeborenes Leben?

► MEINUNG, Seite 2

► POLITIK, Seite 4



Aus jedem Blick verspricht

Mit versteckter Kamera haben amerikanische Lebensschützer die Machenschaften der Abtreibungslobby in den USA entlarvt.

► INTERVIEW, Seite 3



So reich ist doch an Hoffnung

Seltsame Blüten treibt unser Asylrecht. Da überweisen Eritreer deutsches Geld an ein Regime, vor dem sie angeblich fliehen mußten.

► THEMA, Seite 7



Ein ganzer Frühling nicht

Blüht Deutschland neu auf, weil es zahlreiche Einwanderer aufnimmt? Der Politikwissenschaftler Werner Patzelt hat da so seine Zweifel.

► FORUM, Seite 18



Meinung 2
Im Gespräch 3
Politik 4-6
Thema 7
Ausland 8-9
Wirtschaft 10-11
Hintergrund 12
Pankraz 13
Kultur 13-16
Medien 17
Forum 18
Geschichte & Wissen 19-20
Literatur 21
Natur & Technik 22
Leserforum 23
Impressum 23
Sein & Zeit 24



Österreich EUR 4,50
Spanien EUR 4,70
Schweiz CHF 7,80